

# „Affäre um Dienstwagen war kein Skandal“

Mehrheit und Opposition im Landtag streiten heftig über den Abschlussbericht zum Fall Paschedag.

Von Michael Ahlers

Hannover. SPD und Grüne schäumten: „Der Untersuchungsausschuss war eine Bühne für Unwahrheiten, Verdrehungen und Verleumdungen“, schimpfte der SPD-Abgeordnete Grant Hendrik Tonne über die Opposition im Landtag. Seinen CDU-Kollegen Jens Nacke sah Tonne an der „Grenze des Rufmords“. Der Grüne Helge Limburg machte „Frust über den Machtverlust“ als wahre Triebfeder von CDU und FDP aus. SPD und Grüne seien würdige Nachfolger des Lügenbarons Münchhausen, keilte die FDP postwendend zurück.

Es sind immer noch der längst entlassene Grünen-Staatssekretär Udo Paschedag, dessen Audi A8 und angebliche Vertuschungsversuche der Landesregierung, die die Abgeordneten in Wallung bringen. Während der neue Agrarminister und Auto-Muffel Christian Meyer (Grüne) nach der Landtagswahl 2013 im VW-Jetta herumkurvte, ließ sich sein Staatssekretär Audis Topmodell A8 L als Dienstwagen kommen, immerhin mit Hybridantrieb. Die Dienstwagen-Richtlinie des Landes hatte Paschedag nie gelesen, Hinweise von Mitarbeitern in den Wind geschlagen. Ohne Ausnahmegenehmigung des Finanzministeriums war ein A8 für Staatssekretäre nicht zulässig. Die Sa-

che wurde bald öffentlich, Paschedag musste den Wagen zurückgeben.

Doch dann tauchte ein früherer Aktenvermerk zum Beschaffen des Wagens auf. Darin hatte Paschedag handschriftlich festgehalten: „Min. und MP sind einverstanden“ – gemeint: Minister Meyer und Regierungschef Stephan Weil (SPD). Als diese Aktennotiz im Sommer 2013 bekannt wurde, kündigte ein erboster Weil den Rauswurf des längst wieder Audi-losen Paschedags an. CDU und FDP setzten einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Parlaments durch. Sie wollten vor allem wissen, welche Rollen Weil und Meyer spielten. Hatten sie dem A8 zugestimmt, dies aber verschwiegen? 21 Zeugen traten im U-Ausschuss auf, darunter auch Paschedag selbst. Am Montag soll der Untersuchungsausschuss nun über einen Abschlussbericht beschließen.

Aus Sicht der Obmänner Tonne und Limburg hat der Ausschuss in 18 Monaten nichts Wesentliches zutage gefördert: Das Bestellen des Audi A8 war ein Fehler, der Vermerk Paschedags mit der behaupteten Zustimmung Weils und Meyers ein Vertrauensbruch, und Paschedag habe gehen müssen. Paschedag hatte von einem Missverständnis gesprochen. Er hatte Weil und Meyer mehrfach be-

drängt, dass er wegen eines Bandscheibenvorfalles einen rückenfreundlichen Wagen mit Stütz- und Massagefunktion brauche. Deren Verständnis wollte er als Zustimmung zu einem A8 verstehen.

CDU und FDP sehen die Sache anders: „Aus Sicht der CDU-Fraktion hat der Untersuchungsausschuss deutlich gemacht, dass die Landesregierung zu Beginn ihrer Regierungszeit schwere Fehler gemacht hat, die daraufhin vertuscht werden sollten“, erklärte der CDU-Obmann im Untersuchungsausschuss, Jens Nacke. Weil habe die Lüge „von ganz oben“ angewiesen. Weil hatte im Landtag nicht sofort alle Informationen zu seinen Gesprächen mit Paschedag offengelegt, sondern sich etwas Zeit zur genauen Recherche erbeten. Der Staatsgerichtshof hatte die Regierung Weil allerdings verdonnert, mehr Akten zu der Affäre vorzulegen. Dass Weil den A8 befürwortet hatte, kann die Opposition aber nicht belegen. Zuständig war ohnehin das Finanzministerium. Grünen-Minister Meyer wiederum soll den Vermerk Paschedags zwar gesehen haben, hielt die Sache aber angeblich mit Rückgabe des Wagens für erledigt. Gegenüber Weil sagte Meyer jedenfalls nichts.

Der Untersuchungsausschuss prüfte auch das Chaos bei der Versetzung Paschedags aus Nordrhein-Westfalen nach Niedersachsen. Die erfolgte erst „aus persönlichen Gründen“, musste dann aber doch als „dienstlich“ deklariert werden. Im ersten Fall hätte Paschedag weniger hoch besoldet werden müssen. Auch dass Paschedag einen 60 Jahre alten Heizkörper in seinem Büro durch eine Klimaanlage ersetzen ließ und eine persönliche Referentin beanspruchte, ließ sich im Ausschuss nicht als Skandal erhärten.

Grant Hendrik Tonne, MdL  
Pressedokumentation  
Braunschweiger Zeitung  
02.05.2015

